

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

26. Jänner 1950.

In der gestrigen Sitzung des Nationalrates richteten die
Abg. K o p l e n i g und Genossen an den Bundesminister für Justiz eine

69/J

A n f r a g e,

betreffend die strafrechtliche Verfolgung von Antifaschisten und die
Rachejustiz gegen Freiheitskämpfer.

In der Anfrage wird ausgeführt: "Aus nichtigen Gründen und unter
Missachtung der bestehenden Gesetze werden Antifaschisten und antifaschisti-
sche Freiheitskämpfer in strafgerichtliche Untersuchung gezogen, in Haft ge-
nommen, unter Anklage gestellt und da und dort auch als angebliche Verbrecher
verurteilt. All das zeigt, dass eine tiefe Krise im österreichischen Rechts-
leben eingetreten ist, wodurch das demokratische Rechtsempfinden des Volkes
auf das schwerste verletzt wird. Verantwortlich dafür sind vor allem die An-
klagebehörden, die Staatsanwaltschaften, die als Justizverwaltungsbehörden
dem Bundesminister für Justiz unterstehen und an seine Weisungen gebunden sind.
Daher hat der Bundesminister für Justiz die Verantwortung zu tragen.

Die Bevölkerung fragt mit Recht: Was geschieht, um diesen ungesetz-
lichen Verfolgungen ein Ende zu bereiten und die daran Schuldigen zur Verant-
wortung zu ziehen?

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundes-
minister für Justiz folgende

A n f r a g e n :

1. Was gedenkt der Herr Bundesminister für Justiz zu tun, um den
Skandal der sogenannten 1945er Prozesse unverzüglich ein Ende zu bereiten?
Was gedenkt er insbesondere in den in der nachstehenden Darstellung wieder-
gegebenen Fällen zur Wiederherstellung des Rechtes zu tun?"

(Der Anfrage ist hier eine 46 Seiten umfassende Darstellung einer Reihe von
Fällen beigegeben.)

*/.

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

26. Jänner 1950.

2. Was gedenkt der Herr Bundesminister für Justiz zu tun, damit die noch schwebenden strafgerichtlichen Verfahren dieser Art, insbesondere die Verfahren gegen antifaschistische Freiheitskämpfer, unverzüglich eingestellt, die zu Unrecht in Haft Genommenen unverzüglich in Freiheit gesetzt und die zu Unrecht erfolgten Verurteilungen aufgehoben und Strafen mit sämtlichen Rechtsfolgen getilgt werden?

3. Was gedenkt der Herr Bundesminister für Justiz zu unternehmen, damit die Schuldigen an dieser Rachejustiz gegen Antifaschisten zur Verantwortung gezogen werden?⁸⁰

-.-.-.-